

## **A2 Klimagerechtigkeit: Global erkämpfen!**

Gremium: Bundesvorstand Grüne Jugend  
Beschlussdatum: 18.11.2022  
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

### **Antragstext**

1 Der dritte Dürresommer in Folge, Rekordtemperaturen auf der ganzen Welt, so  
2 viele Waldbrände in Europa in einem Jahr wie seit Beginn der Aufzeichnungen,  
3 tödliche Fluten in Pakistan: Die katastrophalen Folgen der Klimaerwärmung sind  
4 schon jetzt tagtäglich und überall auf der Welt spürbar. Bereits jetzt hat sich  
5 das Klima um 1,1 C° erwärmt. Aktuell steuern wir auf eine Erwärmung von ca. 4 C°  
6 zu und damit auf noch weitaus dramatischere Folgen für Menschen, Natur und den  
7 Planeten.

8 Bisher getroffene Zusagen für den Klimaschutz werden – national wie  
9 international – nicht eingehalten - und damit sind wir von der Umsetzung des  
10 Pariser Klimaabkommens noch meilenweit entfernt. Doch machen wir uns nichts vor:  
11 Selbst das Einhalten des dort vereinbarten 1,5-Grad Limits wird zu einer  
12 massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen von Millionen Menschen führen.  
13 Die jetzt schon menschenunwürdige Situation der weltweiten Ernährungssicherheit  
14 und -souveränität wird sich noch weiter verschlechtern. Denn auch bei der  
15 Einhaltung der bisherigen Klimaziele können klimatische Kipppunkte überschritten  
16 werden - mit völlig unkontrollierbaren Folgen. Klimaschutz ist deshalb  
17 notwendige Voraussetzung für ein würdiges Leben aller Menschen.

18 Es ist daher gerade so notwendig, wie vielleicht noch nie, politisch zu handeln.  
19 Doch statt eines konsequenten Umsteuerns erleben wir politisches Versagen. Auch  
20 Deutschland hat es bis jetzt noch kein einziges Mal durch politische Maßnahmen  
21 geschafft, die ohnehin viel zu ambitionstosen Klimaziele zu erreichen. Jahr für  
22 Jahr werden die notwendigen CO<sub>2</sub>-Einsparungen nicht erreicht, was vor allem am  
23 Stillstand im Bausektor, der Blockade im Verkehrsbereich und der viel zu  
24 umfangreichen Verstromung von Kohle und Gas liegt. Auch umfassende Pakete zum  
25 Ausbau der Erneuerbaren, ein immer noch viel zu teures 49€-Ticket und etwas mehr  
26 Geld für die Schiene können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die aktuelle  
27 Energiekrise durch den Bau von neuen LNG-Terminals und zusätzlicher  
28 Kohleverstromung eher zu einem fossilen Backlash als zu einem wirklichen  
29 Klimaaufbruch führt. So droht Deutschland, auch die Klimaziele 2030 krachend zu  
30 verfehlen.

### 31 **Im Namen unserer Zukunft: tax the rich**

32 Die Klimakrise ist und bleibt eine globale Gerechtigkeitskrise. Wer von  
33 Klimagerechtigkeit spricht, darf deshalb von Ungleichheit nicht schweigen. Von  
34 1990 bis 2015 hat das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung mehr als doppelt so  
35 viele Emissionen verursacht wie die ärmsten 50 Prozent zusammen. Um das 1,5-  
36 Grad-Ziel zu erreichen, müssten die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung  
37 ihre durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 auf ein Zehntel reduzieren.  
38 Zudem sind gerade einmal 100 Konzerne für 70% des weltweiten CO2-Ausstoß  
39 verantwortlich. Dennoch wird die Verantwortung der Klimakrise auf Individuen  
40 abgewälzt und den Ärmsten der Gesellschaften immer wieder erzählt, dass  
41 ausgerechnet sie sparen müssten – während Reiche und Konzerne für die Klimakrise  
42 verantwortlich sind.

43 Privatjets, Luxusjachten, Luxusvillen, SUVs auf der einen Seite, Dürren, Fluten  
44 und Hunger auf der anderen Seite: Wir können uns die Reichen schon lange nicht  
45 mehr leisten. Deswegen ist Klimaschutz vor allem eine Frage von Umverteilung von  
46 Reichtum und Ressourcen, weshalb wir uns für diese einsetzen – national wie  
47 international.

### 48 **Das Versagen hat System: Klimagerechtigkeit ist Systemfrage**

49 Doch die Klimakrise werden wir nicht in den Griff bekommen, wenn wir auf  
50 individuelles Verhalten oder einzelne Personen abzielen. Wir müssen die  
51 systematischen Grundlagen dahinter verstehen - und sie ändern.

52 Solange wir uns die Politik von fossilen Konzernen diktieren lassen, wird es  
53 keine Klimagerechtigkeit geben. Am Beispiel der Energieversorgung zeigt sich so  
54 deutlich wie auf kaum einem anderen Feld, wie gefährlich der fossile  
55 Kapitalismus für unsere Zukunft ist: Die fossile Erzeugung von Energie  
56 begünstigt in einem kapitalistischen System grundsätzlich die Bildung von  
57 Monopolen - ganz einfach, weil die natürlichen Gegebenheiten eine extrem  
58 zentralisierte Art des Abbaus und der Verbrennung von fossilen Brennstoffen  
59 nötig machen. Weil die Tagebaue und Gasfelder in der Hand von Konzernen liegen,  
60 können diese darüber entscheiden, was mit ihnen geschieht – und diese  
61 entscheiden sich für den profitabelsten Weg. Somit sind für das Klima  
62 entscheidende Bereiche außerhalb einer demokratischen Kontrollen.

63 Fossile Konzerne machen Milliardenengeschäfte mit dem Verheizen unseres Klimas –  
64 und investieren viel dafür, dass das auch so bleibt. Es sind zahlreiche  
65 Beispiele bekannt, in denen Konzerne – oft erfolgreich – versuchen, die  
66 Klimapolitik von Regierungen zu beeinflussen: Sie erkämpfen  
67 Milliardensubventionen für die Kohleförderung, schreiben an Gesetzen mit - wie  
68 zuletzt bei der Gasumlage - oder schafften zweifelhafte Grundlagen für  
69 politische Entscheidungen durch fragwürdige Gutachten, wie zuletzt in Lützerath.

70 Aber nicht nur an der Energieerzeugung, sondern auch an der Weiterverteilung von  
71 Energie lässt sich zeigen, warum an einer gewinnorientierten Organisation  
72 unserer Energieversorgung Einzelne gewinnen und viele verlieren: Durch eine  
73 Liberalisierung des Strommarktes und hohen Spardruck der strukturell  
74 unterfinanzierten Kommunen kam es in den letzten 20 Jahren zu immer mehr  
75 Privatisierungen von Energienetzen. Notwendige Investitionen wurden verschleppt,  
76 Profite landeten auf den Konten der Konzerne und schlussendlich stiegen die  
77 Energiepreise für alle. Solange Profitbestrebungen im Mittelpunkt stehen, werden  
78 Konzerngewinne und nicht günstige Energiepreise und Klimaschutz im Mittelpunkt  
79 stehen.

### 80 **Vergesellschaftung statt Profitdruck**

81 Dass wir leider noch weit von einer solidarischen, klimaneutralen  
82 Energieerzeugung entfernt sind, haben wir zuletzt an den Entscheidungen um  
83 Lützerath gesehen. Wie darauf aber eine gerechte Antwort aussehen könnte, ist  
84 offensichtlich: Wenn mit RWE in Sachen Lützerath nicht mehr verhandelt werden  
85 kann, dann müssen wir über RWE verhandeln - und das geht nur mit  
86 Vergesellschaftung! Dass über Nacht Milliarden für die Verstaatlichung von  
87 Energiekonzernen aufgebracht werden können, haben uns die Fälle Uniper und SEFE  
88 deutlich vor Augen geführt. Dass in Krisen Verluste vergesellschaftet werden,  
89 während Gewinne weiter privatisiert werden, ist zwar nichts Neues, bleibt aber  
90 ungerecht. Wir müssen jetzt aus der Krise lernen und endlich Schluss machen mit  
91 einer profitorientierten, fossilen Energiewirtschaft. Die Energieversorgung  
92 gehört - wie die gesamte Grundversorgung - in die öffentliche Hand, damit ihr  
93 Zugang nicht weiter vom Profitdruck erschwert wird.

94 Dabei müssen wir als Gesellschaft auch darüber verhandeln, für was eigentlich  
95 wie viel Energie benötigt wird – und ob das sinnvoll ist. Heutzutage wird so  
96 viel produziert, wie noch nie. Einige Teile dieser Produktion zielen nicht  
97 darauf ab, menschliche und gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen -  
98 sondern vor allem, um damit Umsatz zu erwirtschaften. Wir wollen mit einer  
99 profitmaximierenden Produktion zum Selbstzweck brechen!

### 100 **Für die notwendigen Antworten: Eigentumsfragen stellen!**

101 Wir können daher nicht im Klein-Klein bleiben und mit etwas mehr, aber immer  
102 noch viel zu wenig Klimaschutz zufrieden sein. Die notwendigen Antworten auf die  
103 Klimakrise können wir nur geben, wenn wir Eigentumsfragen stellen. Es reicht  
104 schlichtweg nicht, sich nur mit einzelnen Maßnahmen oder gesetzlichen  
105 Ausgestaltungen zu beschäftigen: Jede Regierung und jede Partei – auch die  
106 Grünen – werden an der Bewältigung der Klimakrise scheitern, wenn sie den  
107 Einfluss unseres Wirtschaftssystems auf die Klimakrise ausblenden und sich nicht  
108 trauen, diese zu problematisieren. Wir müssen das auf Profitmaximierung  
109 bestehende System überwinden, um Klimagerechtigkeit Realität werden zu lassen.

### 110 **Solidarisch als Teil der Klimabewegung**

111 Seit Jahren formiert sich daher Protest gegen eine Klimapolitik des  
112 Verschiebens, Verwässerns und Blockierens – gegen eine Klimapolitik, die das  
113 Problem nicht an der Wurzel anpackt. Nachdem die Klimabewegung anfänglich hohe  
114 Erwartungen an die Ampel-Regierung hatte, zeigen sich nun immer mehr  
115 Aktivist\*innen enttäuscht darüber, dass selbst nahezu kostenlose und extrem  
116 leicht umzusetzende Maßnahmen wie ein Tempolimit nicht ergriffen werden –  
117 geschweige denn von wirklichen systematischen Veränderungen.

118 Als Teil der Klimabewegung teilen wir den Frust und die Enttäuschung über die  
119 aktuelle, leider immer noch viel zu ambitionslose Klimapolitik. Wir wollen daher  
120 dazu beitragen, Strategien und Aktionsformen zu finden, die es schaffen, breite  
121 Teile der Gesellschaft für den Kampf um ein gutes Leben auf diesem Planeten zu  
122 gewinnen und gleichzeitig diejenigen anzugreifen, die im großen Stil für den  
123 Ausstoß von Treibhausgasen und deren Regulation verantwortlich sind.

124 Ziviler Ungehorsam war, ist und wird für uns dabei immer ein notwendiges Mittel  
125 der Auseinandersetzung sein. Dass Aktivist\*innen, wie etwa in Bayern, nun mit  
126 bis zu 30 Tagen Präventivhaft belegt werden, ist für uns vollkommen maßlos und  
127 bricht zudem mit fundamentalen Rechtsstaatsprinzipien. Ähnlich absurd ist, dass  
128 sich die öffentliche Debatte nun ausschließlich um die Frage dreht, wie sehr  
129 sich die Klimabewegung radikalisiert habe, während die Klimakrise und dessen  
130 Folgen von Tag zu Tag dramatischer werden.

### 131 **Zeit für einen klimagerechten, linken Machtaufbau - international!**

132 Solange wir uns die Klimapolitik von (fossilen) Konzernen diktieren lassen, wird  
133 es keine Klimagerechtigkeit geben. Es braucht eine Kehrtwende in der  
134 Klimapolitik, in der die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt gerückt  
135 werden: Eine günstige Energieversorgung, kostenfreie Mobilität für alle,  
136 bezahlbares und solidarisches Wohnen ist ebenso machbar wie ein  
137 krisenresistentes, gerechtes und ökologisches Landwirtschaftssystem. Als Grüne  
138 Jugend werden wir daher Klimaschutz als zentrale Gerechtigkeitsfrage in den  
139 Fokus unserer Arbeit rücken. Wir werden einerseits Initiativen wie „RWE  
140 enteignen“ unterstützen und andererseits als Teil der Klimabewegung zu einem  
141 linken Machtaufbau der Klimagerechtigkeitsbewegung mit Arbeiter\*innen,  
142 Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft beitragen - weltweit.

143 Unerlässlich dafür wird es sein, durch eine solidarische, internationale  
144 Klimapolitik eine gerechte Welt zu erstreiten. Denn Klimagerechtigkeit gibt es  
145 nur global. Notwendige Voraussetzung dafür ist es, das fossile Zeitalter global  
146 schnellstmöglich zu beenden - nicht nur in Deutschland oder Europa, sondern  
147 global. Dafür dürfen keine weiteren, neuen fossilen Projekte im Ausland, wie  
148 zuletzt in Südafrika oder im Senegal finanziert werden, sondern Erneuerbare

149 Projekte unterstützt werden.

150 Im Mittelpunkt des politischen Handelns müssen die Menschen mit ihren  
151 Bedürfnissen stehen - nicht die Profite von Konzernen. Gemeinsam mit den vielen  
152 Menschen, die von einer klimagerechten Welt profitieren und auf diese für ihr  
153 weiteres Leben angewiesen sind, wollen wir systematische Veränderungen  
154 erstreiten.

155 Wir haben nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen.